



Ausschuss für Kommunalpolitik

54. Sitzung (öffentlich)

31. März 2004

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 16:10 Uhr

Vorsitz: Jürgen Thulke (SPD)

Stenograf: Michael Roeßgen

Verhandlungspunkte:

Vor Eintritt in die Tagesordnung 1

1 Antrag der Bürgervereinigung für die Wiederherstellung der Selbstständigkeit der Stadt Hohenlimburg e. V. auf Rückgemeindung der ehemals selbstständigen Stadt Hohenlimburg 1

– Anhörung der Bürgervereinigung und der Stadt Hagen

Einführung..... 1

• Vorsitzender Jürgen Thulke 1

Statements..... 2

• Frank Schmidt, Vorsitzender (Bürgervereinigung) 2

• Karl-Josef Ludwig, 1. Beigeordneter (Stadt Hagen)..... 8

• Annekatriin Grehling, Stadtkämmerin (Stadt Hagen):..... 9

• Thomas Grothe, Technischer Beigeordneter (Stadt Hagen)..... 14

1. Frage- und Antwortrunde	15
• Heinz Wirtz (SPD).....	15
• Ewald Groth (GRÜNE).....	15
• Franz-Josef Britz (CDU).....	15
• Karl-Josef Ludwig, 1. Beigeordneter (Stadt Hagen).....	15
• Annekatri Grehling, Stadtkämmerin (Stadt Hagen):.....	16
• Frank Schmidt, Vorsitzender (Bürgervereinigung).....	17
2. Frage- und Antwortrunde	18
• Manfred Palmen (CDU)	18
• Marianne Thomann-Stahl (FDP).....	18
• Ewald Groth (GRÜNE).....	19
• Heinz Wirtz (SPD).....	19
• Ralf Jäger (SPD).....	19
• Frank Schmidt, Vorsitzender (Bürgervereinigung).....	20
• Annekatri Grehling, Stadtkämmerin (Stadt Hagen):.....	20
• Frank Schmidt, Vorsitzender (Bürgervereinigung).....	21
3. Frage- und Antwortrunde	22
• Vorsitzender Jürgen Thulke	22
• Ursula Bolte (SPD)	22
• Karl-Josef Ludwig, 1. Beigeordneter (Stadt Hagen).....	22
• Frank Schmidt, Vorsitzender (Bürgervereinigung).....	23
Schlusswort.....	23
• Vorsitzender Jürgen Thulke	23
2 Gesetz zur Änderung verwaltungsrechtlicher Vorschriften zwecks Anpassung an die Erfordernisse der elektronischen Arbeitsweise der Verwaltung (Elektronik-Anpassungsgesetz).....	25
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 13/4986 Zuschriften 13/3805, 13/3840 und 13/3843	
• Diskussion	25
• Ergebnis: ohne Votum	26

3	Bundeseinheitliches Antikorruptionsregister	26
	Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 13/4764	
	• Diskussion	26
	• Ergebnis: abgelehnt.....	27
4	Mehr Qualität im nordrhein-westfälischen Bildungssystem: durch den Ausbau der schulischen Selbstständigkeit und Verantwor- tung und die Reform der Schulaufsicht	27
	Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 13/4971	
	• Diskussion	28
	• Ergebnis: beschlossen.....	30
5	Grundsicherung	30
	– Bericht des Innenministeriums	
	• Bericht durch MR Mnich (IM)	30
	• Diskussion	31
	• Ergebnis.....	33
6	Eckpunktepapier Bürgerbegehren/Bürgerentscheid	33
	Vorlage 13/2753	33
	– Bericht des Innenministerium.....	33
	• Diskussion	33
	• Ergebnis.....	36

2 Gesetz zur Änderung verwaltungsrechtlicher Vorschriften zwecks Anpassung an die Erfordernisse der elektronischen Arbeitsweise der Verwaltung (Elektronik-Anpassungsgesetz)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/4986

Zuschriften 13/3805, 13/3840 und 13/3843

Vorsitzender Jürgen Thulke schickt voraus, der Gesetzentwurf sei vom Plenum am 11. Februar 2004 an den Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform – federführend – sowie zur Mitberatung an unseren Ausschuss überwiesen. Der Innenausschuss werde am 1. April seine Beratung abschließen, sofern das Votum des AKo vorliege. Daher schlage er vor, den Gesetzentwurf heute abschließend zu behandeln.

Monika Düker (GRÜNE) schlägt vor, den Gesetzentwurf im AKo ohne Votum passieren zu lassen, da morgen im federführenden Innenausschuss noch die Landesbeauftragte für den Datenschutz gehört werde.

Für **Ursula Bolte (SPD)** ist der Vorschlag sinnvoll, gleichwohl bittet sie um Information seitens des Ministeriums, warum im Gesetzentwurf die Bauantragsverfahren nicht mit einbezogen worden seien. Sie halte das gerade nach entsprechenden Anregungen, die sie erreicht hätten, für möglich, und das sei auch für die Kommunen von wesentlicher Bedeutung.

MR Rosenbach (IM) antwortet, die Frage, ob in einem einzelnen Fachbereich die vollelektronische Arbeitsweise generell ausgeschlossen oder generell zugelassen werden solle, sei eine Frage, die vom jeweiligen Fachministerium geprüft und beantwortet werden müsse. Deshalb habe auch hier das für das Bauwesen zuständige Ministerium den Art. 5 in den Gesetzentwurf eingebracht. Generell könne er dazu erklären: Bei der Einführung der vollelektronischen Arbeitsweise müsse man den gesamten Fachbereich vom Antrag bis zur Entscheidung und weiter bis zur Archivierung berücksichtigen. Ebenso müsse die gesamte Breite der Aktivitäten, hier z. B. des Baugenehmigungsverfahrens, berücksichtigen.

Er könne nur vermuten, dass im Bereich des Bauwesens an dieser Stelle jedenfalls zurzeit gewisse Schwierigkeiten gesehen würden, da es nicht einfach sei, in dem Bereich vom ersten Antrag über die Durchführung des Baugenehmigungsverfahrens in all seinen Schritten, über die Baukontrolle vor Ort bis hin zur Zusammenarbeit mit den Architekten auf vollelektronische Arbeitsweise umzustellen. Das seien wohl die Gründe dafür, warum im Gesetzentwurf die Einbeziehung an dieser Stelle fehle.

Karl Peter Brendel (FDP) vermag die Vermutung nicht so ganz nachvollziehen, weil aufgrund von inzwischen vorliegenden Stellungnahmen der Architektenkammer und der Ingenieurkammer Bau gerade der Bereich Baugenehmigungsverfahren aufgrund der Begrenztheit der Anzahl der beteiligten Personen als besonders geeigneter Fall gehandelt worden sei. Insofern sei es hilfreich, dass der morgen tagende Innenausschuss in Abstimmung mit dem Bauministerium diese Problematik ausführlicher darstelle. Insofern stimme er dem Verfahrensvorschlag von Frau Düker zu, den Gesetzentwurf ohne Votum an den Innenausschuss weiterzuleiten.

Heinz Wirtz (SPD) regt an, in der morgigen Sitzung ebenfalls zu überprüfen, zumindest Teile anstatt komplexe Bauanträge in dieses Verfahren einzubeziehen. Das entspräche auch einer sehr vernünftigen Anregung des Landkreistages.

Ursula Bolte (SPD) widerspricht der Auffassung von Herrn Rosenbach, dass das gesamte Verfahren über alle Schritte hinweg komplett vollelektronisch abzuwickeln sei. Ein solches Erfordernis müsse es bei sehr komplexen Verfahren nicht geben, wie es auch bei anderen für elektronische Bearbeitung angedachten Verwaltungsvorgängen durchaus Praxis sei.

Der **Ausschuss** verständigt sich darauf, den Gesetzentwurf ohne Votum an den federführenden Innenausschuss weiterzuleiten. In dessen abschließender Beratung sollen die im AKo aufgeworfenen Fragen behandelt werden.

3 Bundeseinheitliches Antikorruptionsregister

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 13/4764

Vorsitzender Jürgen Thulke leitet ein, der Antrag der FDP-Fraktion sei vom Plenum am 28. Januar 2004 an den Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform sowie zur Mitberatung an den Rechtsausschuss und den AKo überwiesen worden.

Karl Peter Brendel (FDP) führt aus, der Schwerpunkt des FDP-Antrages liege auf ein bundesweites Antikorruptionsregister. Der entscheidende Punkt in den Diskussionen sei die Frage der Schwelle, wann eingetragen werden dürfe. Aufgrund der weitreichenden Folgen sei die FDP-Fraktion der Auffassung, dass die Voraussetzung hierfür eine rechtskräftige Verurteilung sein solle, weil alle anderen Verfahrensmöglichkeiten noch nicht auf einer hinreichenden Tatsachenbasis beschlossen werden könnten.

Hohenlimburg

Stadtentwicklung seit 1975



Themen

- Der Stadtbezirk und die Stadt Hohenlimburg
- Wohnen
- Gewerbe
- Innenstadt - Sanierung
- Städtebau / Stadtbild
- Einzelprojekte
- Infrastruktur
- Investitionsmaßnahmen



Der Stadtbezirk Hohenlimburg

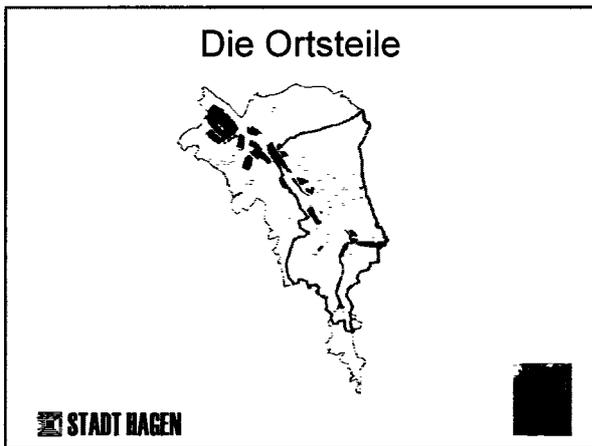
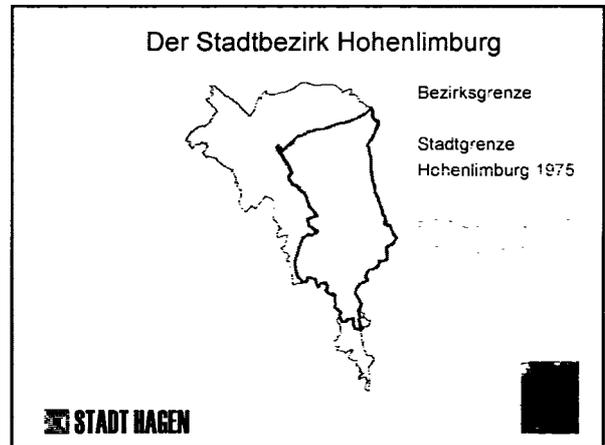
Bezirksgrenze

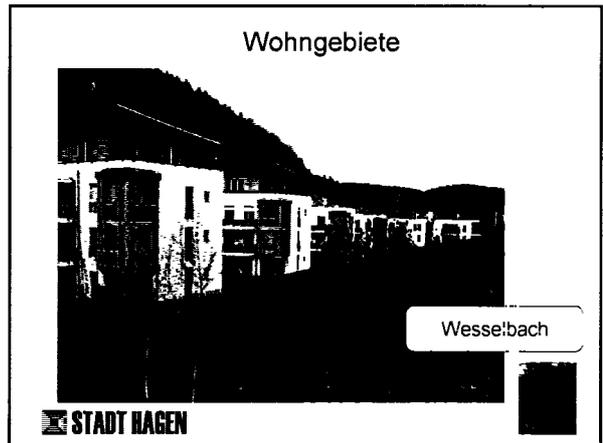
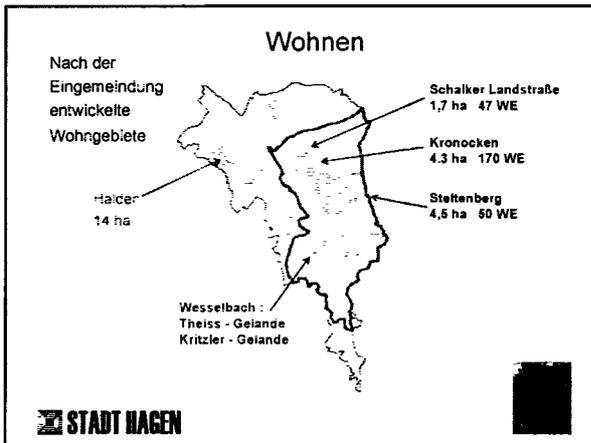
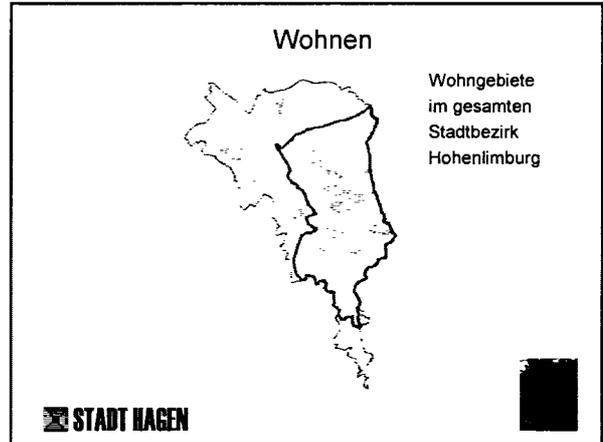
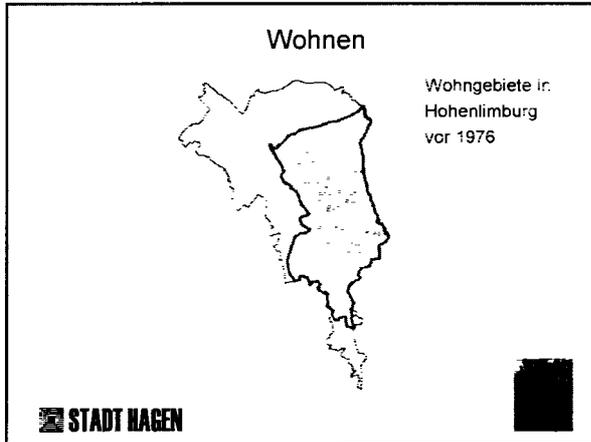


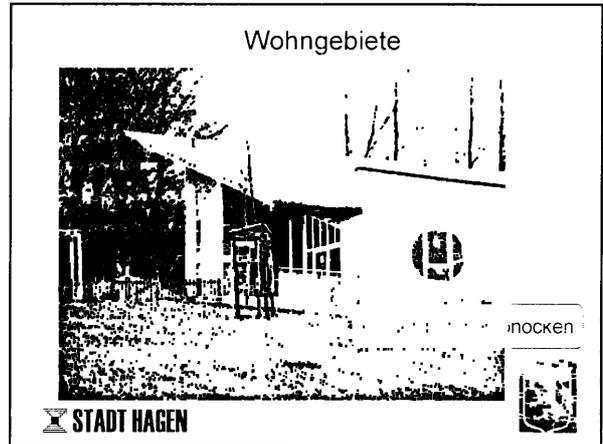
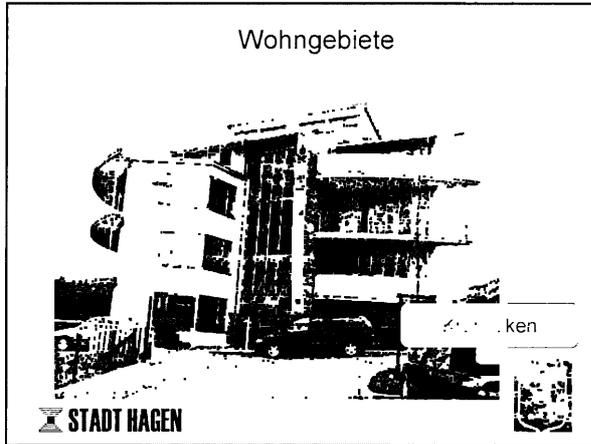
Der Stadtbezirk Hohenlimburg

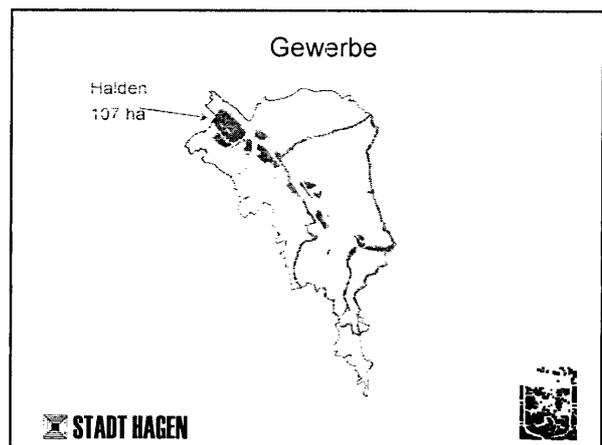
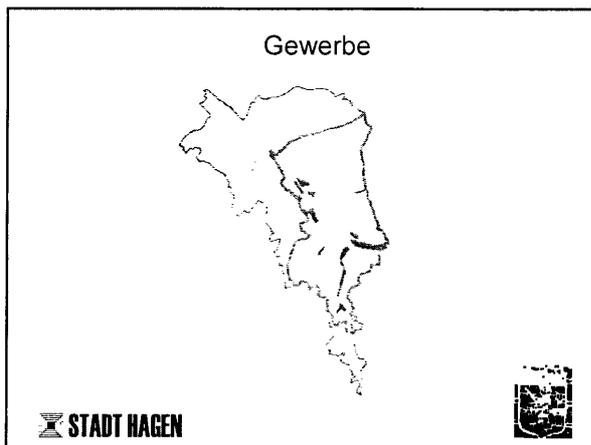
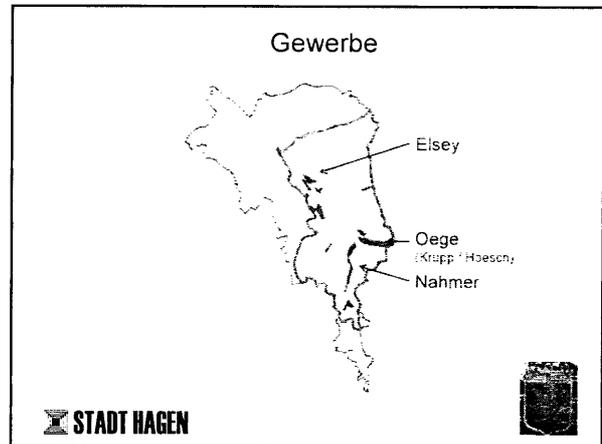
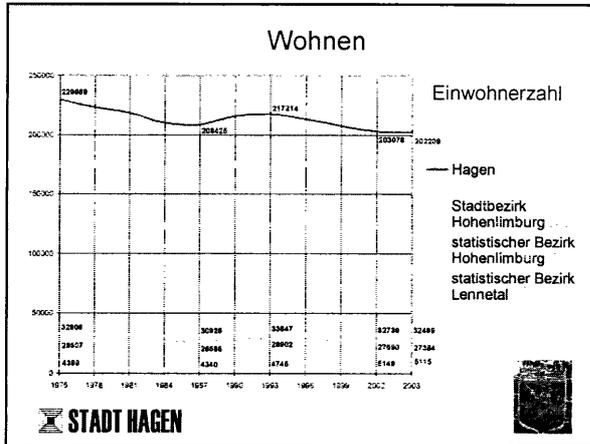
Bezirksgrenze
Stadtgrenze
Hohenlimburg 1975

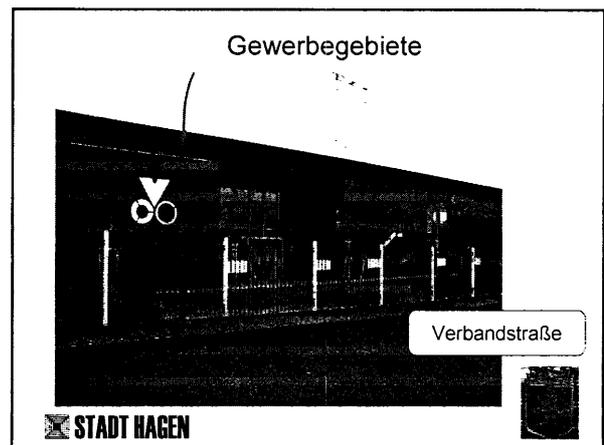
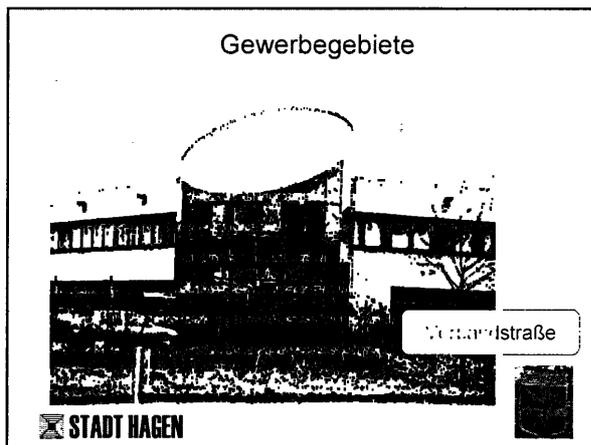
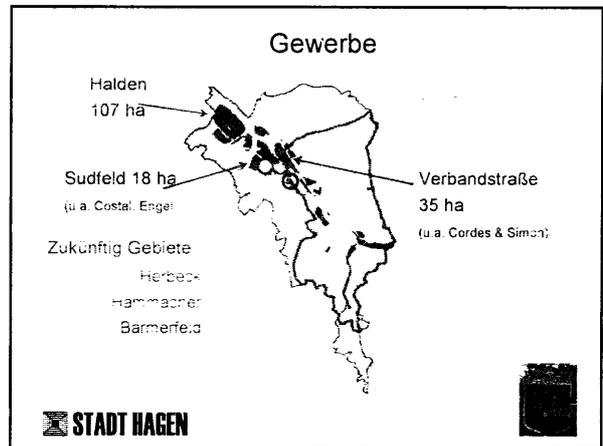
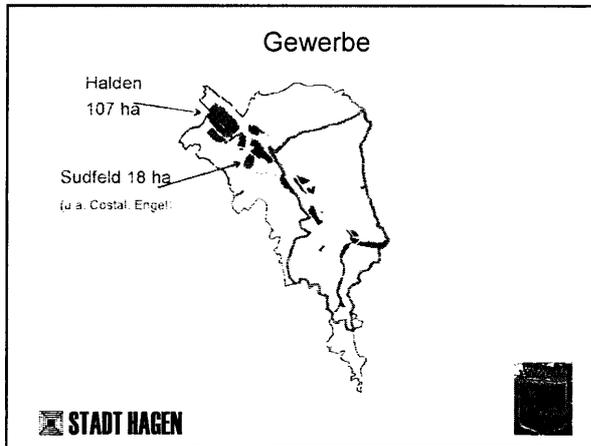


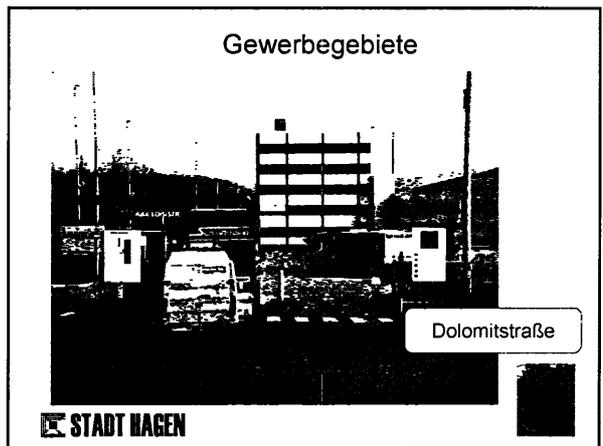
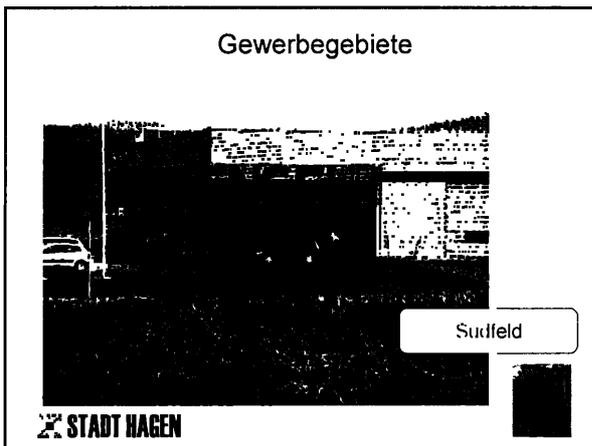












Gewerbegebiete



Röhrenspring




Innenstadt - Sanierung

Anfang der 70er Jahre wurde die Sanierung der Hohenimburger Innenstadt beschlossen. Die entsprechenden Bebauungspläne wurden im Dezember 1974 rechtswirksam.

Auf Anregung des Regierungspräsidenten wurde die Planung überarbeitet und später durch den Bebauungsplan 1/79 abgelöst (rechtswirksam am 04.02. 82).

Damit konnten viele für das Stadtbild bedeutenden Gebäude erhalten werden. 13 zum Abriss anstehende Gebäude sind seither sogar in die Denkmalliste der Stadt Hagen aufgenommen worden. Weitere sechs, die ebenfalls abgerissen werden sollten, sind für die Eintragung vorgesehen.

Weitere durch die Neuplanung abweichende Inhalte:

- Marktplatz an der Gaußstraße statt Planstraße 3 zwischen Gaußstr. und Lohmannstraße
- Parkhaus mit zentralem Bushof am Bahnhof statt Parkhaus an der Grünrockstraße
- Verringerung der geplanten Stellplätze an der Bahnstraße zugunsten einer Begrünung zur Gleisstrasse




Innenstadt - Sanierung



Kornstraße




Städtebau / Stadtbild



Schlossbrauerei / Werkhof

städtische Eigenmittel
ca. 341.000 DM




Städtebau / Stadtbild



Platz der 7 Kurfürsten

städtische Eigenmittel
ca. 207.000 DM



Städtebau / Stadtbild



Schloss Hohenlimburg



Einzelprojekte



Arcadeon



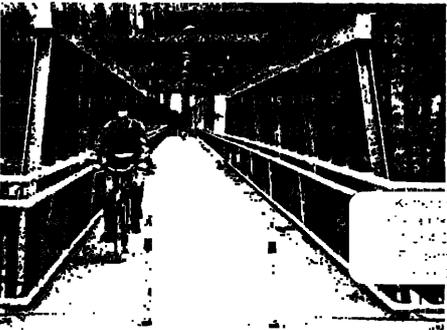
Einzelprojekte



Feuerwache Ost
Gesamtkosten:
25.560.000 €
Fördermittel
9.030.000 €



Einzelprojekte



Kanalbrücke
 Projektkosten:
 1.400.000 €
 Finanzmittel:
 1.400.000 €

STADT HAGEN

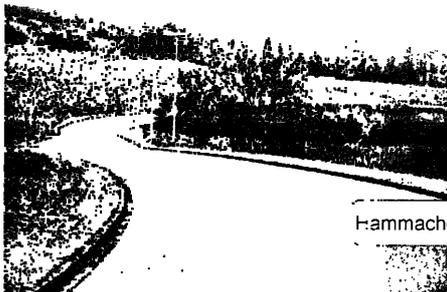
Einzelprojekte



Kanalstrecke

STADT HAGEN

Infrastruktur / Erschließung



Hammacher Straße

STADT HAGEN

Infrastruktur / Entwässerung

- Anschluss des Hohenlimburger Kanalnetzes an die Kläranlage Hagen-Fley,
- Die Sanierung des innerstädtischen Hauptsammlernetzes,
- Die Sanierung aller Regenüberläufe sowie Errichtung mehrerer Stauraumkanäle,
- Die Ertüchtigung des Hauptsammlers Oege, die erstmalige entwässerungstechnische Erschließung der Baugebiete Kronocken, Steltenberg, Wesselbach und Schälker Landstraße
- Die entwässerungstechnische Erschließung im Entwicklungsgebiet Lennetal

STADT HAGEN

Infrastruktur / Gewässer

- Verlegung und Eindeichung der Lenne in Verbindung mit dem Entwicklungsgebiet
- Bau und Umbau des Kanuslalomstrecke mit Wehranlage
- Teilweise Offenlegung des Wesselbaches
- Renaturierung Hasselbach und Reher Bach
- Verbesserung des Hochwasserschutzes in der Ortslage Elsey durch den Ausbau der Kanalisation
- Beseitigung von Sohl- und Wehrschwellen im Nahmer Bach
- Entflechtung des Emsenbaches von der Kanalisation



Investitionsmaßnahmen

Investitionsmaßnahmen im Stadtbezirk Hohenlimburg seit der kommunalen Neuordnung 1975 bis 2004:

- Anbau Wesselbachschule
- Grundschule Im Kley
- Hauptschule Nahmer
- Gymnasium Hohenlimburg
- Anbau Oeger Schule
- Umbau Stadtbücherei Hohenlimburg
- Neubau Sportzentrum Kirchenberg
- Parkanlage B 7 Esserstraße
- Kinderspielplätze
- Ausbau von Wohnstraßen



Investitionsmaßnahmen

- Ausbau Auf dem Dreische / Im Sipp
- Ausbau Oeger Höhle
- Ortsdurchfahrt B 7
- Kanalbau Koenigsweg / Am Schellbrink
- Kippe Hohenlimburg
- Neubau Aufbau-Realschule
- Übernahme Berufsschulgebäude Hohenlimburg
- Kanalbau Sammler Möllerstraße / Elsey
- Pavillon Gymnasium Hohenlimburg
- Neuanlagen von Straßenbeleuchtung
- Ausbau Parkplatz Möllerstraße
- Kanalbau Reh I. und II. BA



Investitionsmaßnahmen

- Salzlagerdach Hohenlimburg
- Neubau Garagenhaus Hohenlimburg
- Schulsportanlage Grundschule Katernberg
- Umbau Gymnasium Hohenlimburg
- Schulzentrum Hohenlimburg
- Heimatmuseum Hohenlimburg
- Zuschuss Freibad Henkhausen
- Neuanlage von Grünflächen
- Sanierung Kettenbrücke
- Stadtsanierung Hohenlimburg
- Oberrahmerstraße
- Parkplatz Scheffelau



Investitionsmaßnahmen

- Hauptverbindungssammler Hohenlimburg
- Grundschule Im Kley - Spielgeräte -
- Grundinstandsetzung Straßen
- Stützmauer Kaiserstraße
- Neubau Pavillon Grundschule Reh
- Kindergarten Sudetenstraße
- Freibad Kirchenberg
- Stützmauer Hobräcker Weg
- Bachverrohrung Haardtstraße
- Busbahnhof Hohenlimburg
- Knotenpunkt Stennert- / Mühlenbergstraße
- Kanalerneuerung Iserlohner Straße

 **STADT HAGEN**



Investitionsmaßnahmen

- Sammler Nahmertal
- Umbau Verwaltungsgebäude zum StVA
- Ausbau von Klassenräumen Hauptschule Elsey
- Jugendzentrum Hohenlimburg
- Ausbau Neuer Schlossweg
- Kanalbau Hasselbach / Reher Weg
- Rundsporthalle
- Sanierung Hauptschule Elsey
- Fahrbahnübergänge
- Dacherneuerung Feuerwache Elsey
- Herrichtung der Synagoge
- Neubau Kindergarten Elsey

 **STADT HAGEN**



Investitionsmaßnahmen

- Neubau Kindertagesstätte Katernberg
- Alten- und Pflegeheim Trappenweg
- Altenpflegeheim Wesselbach
- Grundinstandsetzung Ostfeldsportplatz
- Wohnumfeldverbesserung Hohenlimburg
- Schienenrückbau Kleinbahn
- Kanalslalomstrecke Hohenlimburg
- Offenlegung Holthäuser Bach
- Kanalerneuerung Oeger Straße
- Kanalbau Innenstadt Hohenlimburg
- Kanalerneuerung Elsey
- Erschließung Nahmertal

 **STADT HAGEN**



Investitionsmaßnahmen

- Anbindungssammler Oege
- Kanalerneuerung Hohenlimburger Straße
- Klinkerfassade Realschule Hohenlimburg
- Ausbau Henkhauser Straße
- Kanalbau Im Weinhof
- Kanalbau Wiesenstraße
- Kanalbau Hohenlimburger / Weißensteinstraße
- Kanalerneuerung Im Kley
- Dacherneuerung Gymnasium Hohenlimburg (Altbau)
- Pestalozzi Schule / Fenster- u. Fassadenerneuerung
- Umbau Einmündung Alter Reher Weg
- Sicherungsmaßnahmen Wilhelmstraße

 **STADT HAGEN**



Investitionsmaßnahmen

- Kanalbau Oeger Holz
- Kanalbau Oeger Straße 2. BA
- Kanalerneuerung Auf dem Löfvert / Bardensiepen
- Modernisierung Wohnhäuser Hasselbach
- Übergangwohnheim Am Berge
- Rasenplatz Kirchenbergstadion
- Ausbau Am Paulshof
- Erneuerung Abschnitt Wiesenstraße
- Einlaufbecken Emsenbach
- Vorplatz BV Hohenlimburg
- Sanierung Grundschule Auf der Heide
- Sanierung Gebäude Stennertstraße

 **STADT HAGEN**



Investitionsmaßnahmen

- Neubau Kindertagesstätte Hohenlimburg
- Umkleide- / Schulungsgebäude
Kanu-Slalom- Strecke
- Grundinstandsetzung Freiheitsplatz
- Kanalbau Wulfeldstraße
- Kanalerneuerung Elsey 2. BA
- Modernisierung Wohnhäuser Ebenstraße
- Dach- und Fassadensanierung Hauptschule Elsey
- Wohnumfeldsanierung Hohenlimburg 2. BA
- Zentralsteuerung Hohenlimburg
- Kanalerneuerung Möllerstraße / Bardensiepen
- Regenrückhaltebecken Kronenburgplatz

 **STADT HAGEN**



Investitionsmaßnahmen

- Kanalisation Baugebiet Steltenberg
- Rathaus Hohenlimburg
-behindertengerechter Aufzug-
- Grundinstandsetzung Realschule Im Kley
- Anbau Gymnasium Hohenlimburg
- Dach und Fassadensanierung Kaufmannsschule II
- Erneuerung Heizung / Elektro Pestalozzischule
- Investitionszuschuss Dachrenovierung Schloss
- Erneuerung Wehranlage der Kanu - Slalom - Strecke
- Umbau Knotenpunkt Iserlohner- / Esserstraße
- Kindergarten Jahnstraße
- ÖPNV - Beschleunigung Hohenlimburg

 **STADT HAGEN**



Investitionsmaßnahmen

- Erneuerung der Kettenbrücke
- Energiepark Obernahrmer
- Sanierung Kanu - Slalom - Strecke
- Straßenbau Steltenberg

 **STADT HAGEN**



Investitionsmaßnahmen

Die gesamte Investitionssumme beträgt rund

106,8 Mio. €

davon rund 24,1 Mio. € allein für Kanalbaumaßnahmen

im Stadtbezirk Hohenlimburg wurden investiert:

106,8 Mio. € in 29 Jahren
oder 3,68 Mio. € jährlich
oder 0,3 Mio. € monatlich

dabei sind der Entwicklungsbereich Unteres Lennetal und
die Feuerwache Ost (~ 25,5 Mio. €) noch nicht berücksichtigt

 **STADT HAGEN**

